



---

**49. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales**

**Gremium:** Ausschuss für Gesundheit und Soziales  
**Sitzungstermin:** Dienstag, 22.10.2013, 18:00 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 3.041, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.  
79/81

---

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.09.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Vorstellung der Arbeit der AIDS-Hilfe Potsdam
- 5 Information über den Stand der Unterbringung von Asylsuchenden
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Anhebung Kosten der Unterkunft **13/SVV/0433** Fraktion Die Andere  
- **Wiedervorlage** -
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Erster Potsdamer Gesundheitsatlas - ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte **13/SVV/0453** Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit  
- **Wiedervorlage** -
- 8 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine



## Niederschrift 48. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 17.09.2013
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Autonomes Frauenzentrum Potsdam e.V., Schiffbauergasse 4H, 14467 Potsdam

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	Sitzungsleitung
-------------------	-----------	-----------------

#### Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE	
Herr Dr. Ralf Otto	SPD	
Frau Maike Dencker	CDU/ANW	
Frau Hala Kindelberger	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

#### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Birgit Morgenroth	SPD	ab 18:15 Uhr
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere	

#### sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff	Die Andere	
Herr Ronny Besancon	DIE LINKE	
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE	
Herr Steffen Koczott	SPD	
Herr Matthias Lack	DIE LINKE	ab 18:10 Uhr
Frau Barbara Müller	BürgerBündnis	
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	
Herr Jan-Peter Schmarje	Behindertenbeirat	
Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CDU/ANW	

#### Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Ge- schäftsbereich 3	
---------------------------------	--------------------------------------	--

### Nicht anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

Frau Klara Geywitz	SPD	entschuldigt
Frau Heike Judacz	SPD	entschuldigt
Frau Jutta Busch	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Jan Wendt	Die Andere	entschuldigt

## **sachkundige Einwohner**

Frau Angela Basekow	SPD	entschuldigt
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90	entschuldigt
Herr Wolfgang Günther	SPD	entschuldigt
Herr Björn Karl	FDP	entschuldigt
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat	entschuldigt

## **Gäste:**

Frau Heiderose Gerber	Autonomes Frauenzentrum Potsdam
Frau Monika Kirchner	Autonomes Frauenzentrum Potsdam
Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Herr Gregor Jekel	Bereich Wohnen
Herr Frank Steinert	Bürger
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.08.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Vorstellung der Zufluchtswohnung des Autonomen Frauenzentrums
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Anhebung Kosten der Unterkunft  
Vorlage: 13/SVV/0433  
Fraktion Die Andere
- 5.2 Sicherung der Flüchtlingsberatung  
Vorlage: 13/SVV/0525  
Fraktion Die Andere
- 5.3 Sitzungskalender 2014  
Vorlage: 13/SVV/0416  
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Verband Kommunaler Krankenhäuser  
Vorlage: 13/SVV/0370  
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung  
- Wiedervorlage -
- 6.2 Erster Potsdamer Gesundheitsatlas - ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte  
Vorlage: 13/SVV/0453  
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

#### **zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.08.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Frau Schulze stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

#### **Bestätigung der Niederschrift vom 20.08.2013**

Da es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche gibt, bittet Frau Schulze um Abstimmung über die vorliegende Niederschrift.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 2

#### **Bestätigung der Tagesordnung:**

Frau Schulze informiert, dass die Fraktion Die Andere darum bittet, dass die Beratung des Antrags 13/SVV/0525 „Sicherung der Flüchtlingsberatung“ auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales verschoben wird.

Des Weiteren bittet die Verwaltung um Vertagung der Behandlung der Mitteilungsvorlage 13/SVV/0453 „Erster Potsdamer Gesundheitsatlas - ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte“, da Frau Nachtmann aufgrund eines dringenden Paralleltermins heute nicht an der Ausschusssitzung teilnehmen kann.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

## zu 2 Informationen der Verwaltung

### Grundstücksbewertung für die Unterbringung von Asylsuchenden

Als Tischvorlage wird an alle Ausschussmitglieder eine Bewertungsmatrix für Grundstücke zur Unterbringung von Asylsuchenden ausgereicht. Frau Müller-Preinesberger erläutert die einzelnen Bewertungskriterien. Es ist beabsichtigt, ein Gremium einzurichten, das die Bewertung vornimmt. Die Verwaltung hat sich für dieses Verfahren entschieden, weil man mit einem analogen Verfahren bei der Vergabe von Kindertagesstätten an freie Träger sehr gute Erfahrungen gemacht hat.

In dem Gremium sollen Mitarbeiter der Fachverwaltung, die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, die Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, ein Mitglied des Migrantenbeirates sowie die Beauftragte für Migration und Integration mitwirken.

Aufgrund der Dringlichkeit ist zur ersten Beratung bereits zum 19.09.2013, 15:30 Uhr im Raum 528 des Hauses 2 eingeladen worden.

Frau Dencker stellt fest, dass die Matrix bereits am 10.09.2013 erstellt und erst heute als Tischvorlage ausgereicht wurde. Sie kritisiert diese Verfahrensweise und betont, dass sie die Information gern eher bekommen hätte.

Frau Müller-Preinesberger nimmt die Kritik an und macht darauf aufmerksam, dass Informationen der Verwaltung vor der Beratung in Gremien immer verwaltungsintern abgestimmt werden müssen. Dies ist in dieser Zeit erfolgt.

Herr Schultheiß erklärt, dass er nicht versteht, warum zwei Vertreter der LINKEN in dem Bewertungsgremium sitzen. Er schlägt vor, dass der Sozialausschuss durch eine/n Vertreter/in der SPD-Fraktion vertreten werden sollte.

Frau Morgenroth erklärt sich bereit, für den Ausschuss für Gesundheit und Soziales in dem Gremium mitzuarbeiten.

Frau Schulze bitte um Abstimmung über die Entsendung von Frau Morgenroth in das Bewertungsgremium.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

Frau Schulze bittet Frau Morgenroth darum, ihre persönliche Anwesenheit in den Sitzungen des Sozialausschusses zu gewährleisten, in denen aus dem Gremium berichtet werden wird.

### Sicherung der Flüchtlingsberatung

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass die beschlossene Evaluation der Sozialarbeit im Bereich der Asylbewerbungsverfahren in das weitere Verfahren einbezogen wird und deshalb die Kündigungsfrist für den bestehenden Vertrag zur Betreuung und Beratung von Flüchtlingen in Wohnungen mit dem Diakonischen Werk bis zum 30.09.2014 verlängert wurde.

## **9. Lauffest zugunsten der Stiftung Altenhilfe Potsdam**

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass das 9.Lauffest für die Stiftung Altenhilfe wieder sehr erfolgreich war. 3.573 Läuferinnen und Läufer haben insgesamt 42.754 Runden absolviert. Damit konnten Spendeneinnahmen von über 25.000 Euro erzielt werden.

Sie dankt allen, die das diesjährige Lauffest unterstützt haben.

### **Seniorenplan für die LHP**

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass sich die Landeshauptstadt Potsdam vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen an einer Ausschreibung des Bundesfamilienministeriums beworben hat. Der Antrag wurde positiv bewertet. Im Fokus steht die Erarbeitung eines Potsdamer Seniorenplanes.

Zum Thema „Gewaltfreie Pflege“ wird sich die Landeshauptstadt Potsdam neben Dortmund, Fulda und Stuttgart an einem Modellprojekt beteiligen. Das Ziel ist, in Analogie zum Kinderschutz auf kommunaler Ebene systematische Präventionsansätze in der Langzeitpflege zu implementieren

Das Projekt wird für die LHP durch Frau Nachtmann koordiniert und begleitet. Am 07.10.2013 findet die Kick-Off Veranstaltung statt

Auf die Nachfrage bezüglich der Zeitschiene für die Erarbeitung des Seniorenplanes erklärt Frau Müller-Preinesberger, dass der Plan im Zeitraum Januar bis Dezember 2014 erarbeitet werden soll.

### **Vorstellung Bereichsleiter Wohnen**

Frau Müller-Preinesberger stellt Herrn Gregor Jekel vor, der seit dem 01.09.2013 den Bereich Wohnen der LHP leitet.

Anschließend stellt sich Herr Jekel kurz dem Ausschuss vor.

### **Änderungen im Rahmen der Bildungs- und Teilhabeleistungen**

Frau Latacz-Blume (FB Soziales und Gesundheit) informiert, dass mit Wirkung vom 01.08.2013 Änderungen bei den Bildungs- und Teilhabeleistungen in Kraft getreten sind. Mit diesen Änderungen sollen Hindernisse zu einer unbürokratischen Abwicklung der Leistungserbringung beseitigt werden.

Dies betrifft den Eigenanteil bei der Schülerbeförderung. Dieser wurde bundesweit auf 5,00 Euro festgelegt.

Des Weiteren gibt es jetzt die Möglichkeit, die Leistungen im Wert von monatlich bis zu 10,00 Euro für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben, anzusparen auf bis zu 120,00 Euro pro Jahr. Damit wird eine höhere Flexibilität beim Einsatz der Leistung erreicht.

### **Projektförderung 2014**

Frau Latacz-Blume (FB Soziales und Gesundheit) informiert, dass die Förderanträge für sozial- und gesundheitsfürsorgliche Angebote für 2014 bei den Verwaltung eingegangen sind, die nun bewertet werden müssen. Dazu sollen, wie in den Vorjahren wieder Vertreter des Ausschusses für Gesundheit und Soziale hinzugezogen werden.

Im letzten Jahr waren für den GS-Ausschuss Frau Schulze, Frau Kindelberger und Frau Busch vertreten.

Frau Dencker bekundet ihr Interesse an der Mitarbeit in der Arbeitsgruppe, wenn diese nach 18:00 Uhr tagt.

Dies wird Verwaltungsseitig zugesagt.

Frau Schulze und Frau Kindelberger bekunden ihr Interesse, auch weiterhin in der Arbeitsgruppe mitzuarbeiten.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Somit vertreten Frau Dencker, Frau Schulze und Frau Kindelberger den GS-Ausschuss in der Arbeitsgruppe zur Bewertung der Förderanträge 2014.

### **zu 3      Berichte aus den Beiräten**

#### **Seniorenbeirat**

Der Bericht wurde allen Ausschussmitgliedern im Vorfeld per E-Mail zugesandt.

Herr Puschmann weist nochmals darauf hin, dass am 01.10.2013 anlässlich des Tages der älteren Generation als gemeinsame Aktion mit der Stadtverwaltung insgesamt 50 Seniorinnen und Senioren an zwei Führungen im Bildungsforum unter dem Motto „Lebenslanges Lernen“ teilnehmen können.

Des Weiteren berichtet Herr Puschmann, dass beim diesjährigen Lauffest zugunsten der Stiftung Altenhilfe Potsdam gut angekommen ist, dass die älteste Teilnehmerin (91 Jahre) und der jüngste Teilnehmer (6 Monate) geehrt wurden. Auch der kleine Trödelmarkt wurde gut angenommen und soll im kommenden Jahr erweitert werden.

#### **Migrantenbeirat**

Frau Kindelberger informiert, dass am 17.09.2013, 17:00 Uhr im Flur des Bereichs des Oberbürgermeisters die Wanderausstellung im Rahmen der interkulturellen Wochen Wanderausstellung: "Als Arbeitskraft willkommen - Vietnamesische Vertragsarbeiter in der DDR" durch Frau Müller-Preinesberger eröffnet wurde.

Der Migrantenbeirat hat in seiner Sitzung am 28.08.2013 die Koordinierung der Deutschkurse für Asylbewerber und Flüchtlinge thematisiert. Dabei wurde festgestellt, dass die 200 Stunden zum Erlernen der Sprache nicht ausreichend sind und eine Fortführung der Kurse über Spendengelder wichtig wäre. Der Migrantenbeirat hat sich mit dem Abbau der bürokratischen Hürden bei der Auszahlung von Sprachmittlerkosten befasst. Auch die Qualifizierung von Migranten-Unternehmen wurde thematisiert.

Abschließend informiert Frau Kindelberger, dass sie im Migrantenbeirat die Vertrauensfrage gestellt hat und auch weiterhin als Vorsitzende bestätigt wurde.

In diesem Zusammenhang betont sie, dass sich der Migrantenbeirat mit der Unterbringung der Asylsuchenden am Standort Buchhorst auseinandergesetzt und die Lösung akzeptiert habe.

#### **Behindertenbeirat**

Der Bericht liegt allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Herr Schmarje ergänzt, dass derzeit Gespräche zur Lösungsfindung bezüglich der Behindertenparkplätze am Nikolaisaal geführt werden.

Frau Müller weist darauf hin, dass es am Wissenspeicher keine Behindertenparkplätze gibt, obwohl Bibliothek und Volkshochschule von vielen Menschen mit Behinderung genutzt werden.

#### **zu 4      Vorstellung der Zufluchtswohnung des Autonomen Frauenzentrums**

Frau Kirchner (Autonomes Frauenzentrum) erinnert eingangs daran, dass die Zufluchtswohnung 1997 für Frauenhausbewohnerinnen aus Potsdam-Mittelmark entstanden ist, da diese Frauen ein Jahr lang in Potsdam leben mussten, um einen Wohnberechtigungsschein für die LHP zu erlangen. Seit dem wurde das Konzept immer wieder überarbeitet und angepasst.

Es gibt zwei Zufluchtswohnungen mit insgesamt 8 Plätzen. Die Frauen leben dort eigenständig und solidarisch zusammen. Es gibt keine Gemeinschaftszimmer. Küche und Bad werden gemeinsam benutzt.

Für die Nutzung der Zufluchtswohnung werden mit den Frauen Nutzungsverträge abgeschlossen.

In den Zufluchtswohnungen leben akut bedrohte Frauen mit Söhnen, die über 12 Jahre alt sind, da diese nicht im Frauenhaus aufgenommen werden können. Es werden dort auch Frauen mit zurückliegenden Gewalterfahrungen, die nicht mehr in der eigenen Wohnung leben können oder diese verloren haben, untergebracht. Auf Nachfrage teilt Frau Kirchner mit, dass die Verweildauer der Frauen in den Zufluchtswohnungen ca. 3 bis 6 Monate beträgt. Bei Bedarf können die Frauen auch länger in der Wohnung bleiben. Auch eine Nachbetreuung und -begleitung wird bei Bedarf gegeben.

Ca. 30 % der Nutzerinnen der Zufluchtswohnung kommen aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark. In Potsdam-Mittelmark wurde das ambulante Angebot aufgrund des zunehmenden Beratungsbedarfs erweitert.

Auf die Nachfragen, wie die Frauen von den Zufluchtswohnungen erfahren, welche Nationalitäten und welchen Aufenthaltsstatus die Migrantinnen haben. Erklärt Frau Kirchner, dass die Frauen von diesem Angebot durch andere Frauen erfahren. Die Migrantinnen kommen in die Zufluchtswohnung, u.a. weil sie die Enge im Frauenhaus schwer ertragen können. Der Aufenthaltsstatus ist oft unklar.

Durch das neu geschaffene Angebot für diese Frauen wird die Nachfrage der Zufluchtswohnung zurück gehen.

Frau Gerber informiert auf Nachfrage, dass die Finanzierung der Zufluchtswohnungen anteilig durch den Landkreis Potsdam-Mittelmark (35 %), die Landeshauptstadt Potsdam (55 %) sowie durch einen Eigenanteil der Bewohnerinnen (10 %) erfolgt.

#### **zu 5      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### **zu 5.1    Anhebung Kosten der Unterkunft**

**Vorlage: 13/SVV/0433**

Fraktion Die Andere

Herr Szilleweit bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass die derzeit gültigen Kriterien der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft geprüft werden.

Sie macht darauf aufmerksam, dass eine Übergansvariante für einzelne Zielgruppen weder rechtlich noch tatsächlich zu vertreten ist und verweist auf den

Gleichheitsgrundsatz.

Des Weiteren macht sie darauf aufmerksam, dass die in der Begründung formulierte Behauptung, dass „Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit für Familien deshalb aus gutem Grund schon seit längerer Zeit Gewährleistungswohnungen mit Kaltmieten deutlich über 7 €/m<sup>2</sup> bezahlt werden“ nicht bestätigt werden kann. Haushalte in Gewährleistungswohnungen entrichten auf der Basis der Gebührensatzung für Obdachloseneinrichtungen Gebühren in Höhe von 7,40 € als Bruttowarmmiete.

Die Versorgung von auszugsberechtigten Flüchtlingen mit Wohnraum findet in dem Maße statt, in dem einerseits die entsprechenden Personen Anträge stellen und mitwirken bzw. andererseits entsprechend der Haushaltsgröße Wohnungen zur Verfügung stehen.

Frau Latacz-Blume (FB Soziales und Gesundheit) ergänzt, dass das Ergebnis der Überprüfung der Kriterien der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft im Januar 2014 der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt werden kann.

Herr Szilleweit bittet um Zurückstellung der Drucksache, um diese fraktionsintern zu beraten.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Zurückstellung des vorliegenden Antrages.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 2

*Somit wird der Antrag zurückgestellt.*

**zu 5.2 Sicherung der Flüchtlingsberatung**

**Vorlage: 13/SVV/0525**

Fraktion Die Andere

*Die Drucksache wird vertagt.*

**zu 5.3 Sitzungskalender 2014**

**Vorlage: 13/SVV/0416**

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Schulze schlägt vor, die Sitzung am 07.01.2014 ggf. ausfallen zu lassen, da im Dezember 2013 eine Ausschusssitzung durchgeführt wird und die SVV erst Ende Januar wieder tagt. Daraufhin regt Frau Dencker an, sich am 07.01.2014 mit der Themenplanung für 2014 zu befassen.

Frau Anlauf schlägt vor, die Februar-Sitzung vom 18.02.2014 auf den 25.02.2014 zu verschieben.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Verschiebung der Januar-Sitzung 2014 auf den 21.01.2014

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 1

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Verschiebung der Februar-Sitzung 2014 auf den 25.02.2014

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8  
Ablehnung: 1  
Stimmenthaltung: 0

Sitzungen GS-Ausschuss 2014:

**21.01.2014**

**25.02.2014**

**18.03.2013**

**15.04.2014**

**Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Sitzungskalender 2014 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8  
Ablehnung: 1  
Stimmenthaltung: 0

*Dem geänderten Sitzungskalender für die Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales wird zugestimmt.*

**zu 6 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 6.1 Verband Kommunalen Krankenhäuser**

**Vorlage: 13/SVV/0370**

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung  
- Wiedervorlage -

Frau Müller-Preinesberger teilt bezüglich der noch zu beantwortenden Fragen aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales mit, dass das Gespräch mit den Landräten und den Geschäftsführern der kommunalen Kliniken noch nicht stattgefunden hat. Dies sollte auf Einladung der Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg/Havel erfolgen.

Frau Müller-Preinesberger bietet an, diesbezüglich nachzuhaken.

Des Weiteren informiert sie, dass die Medizinische Hochschule Brandenburg „Theodor Fontane“ bereits gegründet ist und ihren Sitz in Neuruppin hat.

**zu 6.2 Erster Potsdamer Gesundheitsatlas - ausgewählte Ergebnisse der Schulingangungsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte**

**Vorlage: 13/SVV/0453**

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

*Die Mitteilungsvorlage wird vertagt.*

## zu 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Mit Hinweis auf Pressemeldungen (MAZ, Ausgabe Fläming-Echeo vom 17.9.2013), dass die Koalition des Kreistages Potsdam-Mittelmark dem Gesellschaftsvertrag für die gemeinsame Klinik in Bad Belzig immer noch nicht zugestimmt hat, schlägt Frau Schulze vor, das Thema Kliniken als Schwerpunktthema in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales aufzugreifen.

Frau Schulze informiert, dass das nächste Behindertenforum am 10.10.2013 von 16:00 – 18:00 Uhr im Haus der Begegnung stattfindet.

Frau Kindelberger erinnert daran, dass von 15. bis 27. September 2013 die interkulturelle Woche durchgeführt wird und verweist auf einzelne Veranstaltungen wie z.B. das Fest der Toleranz am 21.09.2013.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales: 22. Oktober 2013,  
18:00 Uhr im Raum 3.041 des Stadthauses**

**Jana Schulze**  
Ausschussvorsitzende

**Martina Spyra**  
Schriftführerin



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**13/SVV/0433**

öffentlich

### Betreff:

Anhebung Kosten der Unterkunft

**Einreicher:** Fraktion Die Andere

Erstellungsdatum 16.07.2013

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

04.09.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob die Kostensätze, die als Kosten der Unterkunft (KdU) übernommen werden, generell angepasst werden müssen.

Das Prüfergebnis ist den Stadtverordneten im November 2013 vorzulegen.

Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt, zur Sicherung der integrationspolitischen und wohnungspolitischen Zielsetzungen der Stadt für den Personenkreis der besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge (z.B. Opfer von Folter und Gewalt, schwangere und alleinerziehende Frauen mit minderjährigen Kindern, Minderjährige, alte und behinderte Menschen) ab sofort und bis auf Weiteres Kosten der Unterkunft von bis zu 7 € kalt/qm zu übernehmen.

Die Kosten, die für die Errichtung von Wohncontainern geplant waren, sollen zur Deckung des Mehraufwandes für die Kosten der Unterkunft für alle Bevölkerungsgruppen verwendet oder für den Bau preiswerter Wohnungen verwendet werden.

Jan Wendt

Fraktionsvorsitzender

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

### Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

einstimmig  mit Stimmenmehrheit  Ja  Nein  Enthaltung

überwiesen in den Ausschuss:

erledigt  abgelehnt

Wiedervorlage:

zurückgestellt  zurückgezogen

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Der Kostensatz für die Kosten der Unterkunft (KdU) ist in Potsdam seit mehreren Jahren nicht angehoben worden. Noch immer werden die Kosten durch Jobcenter bzw. Sozialamt nur bis zu einer Höhe von 5,50 € Kaltmiete/qm zzgl. 2,80 €/qm für Heiz- und Nebenkosten übernommen.

Auf der anderen Seite hat sich in den letzten Jahren der Mangel an preiswerten Wohnungen in Potsdam dramatisch verschärft. Inzwischen haben 2.700 Haushalte einen Wohnberechtigungsschein (WBS) erhalten. Bei Neubauvorhaben entsteht nahezu ausschließlich Wohnraum mit Mieten oberhalb des KdU-Satzes und auch bei der Sanierung im Altbaubestand steigen die Kaltmieten regelmäßig über die Grenze von 5,50 €/qm. Nur in wenigen Ausnahmefällen und mit dem Einsatz von Fördermitteln können bei der Sanierung preiswerte Mieten erhalten werden. Im Stadtentwicklungskonzept Wohnen und in allen Wohnungsmarktberichten seit dessen Annahme durch die Stadtverordneten wird der eklatante Mangel an Wohnungen im unteren Preissegment festgestellt. Auch das Expertengremium Potsdam 22 bestätigte diese Einschätzung.

Natürlich ist der Stadtverwaltung diese Situation längst bekannt. Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit werden für Familien deshalb aus gutem Grund schon seit längerer Zeit Gewährleistungswohnungen mit Kaltmieten deutlich über 7 €/qm bezahlt.

Auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen wird die Stadt vom Mangel an preiswertem Wohnraum eingeholt. Die Stadtverwaltung ist inzwischen bereits damit überfordert, ca. 50 zusätzliche Wohnungen mit einer Miete innerhalb der KdU-Kostensätze zu finden. Dadurch werden die als Übergangsunterkünfte vorgesehenen Heime zu einem erheblichen Teil durch Menschen bewohnt, die in eine eigene Wohnung ziehen könnten, aber große Schwierigkeiten haben, noch Wohnungen zu finden, deren Miete den überholten Kostensätzen entspricht.

Mit dem Antrag soll sichergestellt werden, dass die sozial-, wohnungs- und integrationspolitischen Ziele der Stadt umgesetzt werden können. Durch die vorgeschlagene Neuberechnung der Kostensätze stehen für alle Inhaber/innen eines Wohnberechtigungsscheines und für einkommensschwache Haushalte sehr kurzfristig deutlich mehr Wohnungen bei der Wohnungssuche zur Verfügung. Das wirkt der Verdrängung dieser Bevölkerungsgruppen aus der Stadt entgegen und macht gleichzeitig die Errichtung von Wohncontainern für Flüchtlinge vermeidbar. Die vorgesehenen Ausgaben für neue Flüchtlingsheime sollten besser für den Bau preiswerter Wohnungen verwendet werden.

Ab sofort und bis zum Abschluss der Neuberechnung der Kosten der Unterkunft soll der Kostensatz für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge angehoben werden. Die Stadt Potsdam ist gegenüber diesen Kindern, Jugendlichen, alten, kranken oder behinderten Menschen schon aus rechtlichen Gründen verpflichtet, besondere Schutzmaßnahmen zu ergreifen.





**Landeshauptstadt  
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

## Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**13/SVV/0453**

**Betreff:**

**Erster Potsdamer Gesundheitsatlas - ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte**

öffentlich

**bezüglich  
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 01.08.2013

Eingang 902: 01.08.2013

Einreicher: FB Soziales und Gesundheit

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

04.09.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

### Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

„Erster Potsdamer Gesundheitsatlas - ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte“.

### Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

**Finanzielle Auswirkungen?** Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister
-------------------

Geschäftsbereich 1
--------------------

Geschäftsbereich 2
--------------------

Geschäftsbereich 3
--------------------

Geschäftsbereich 4
--------------------

**Begründung:**

Zahlreiche (Fach-)Bereiche und Organisationseinheiten der Landeshauptstadt Potsdam sowie das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg (Abteilung Gesundheit) haben sich an der Erarbeitung des „Ersten Potsdamer Gesundheitsatlas“ beteiligt. Dieser verschränkt zum ersten Mal gesundheitliche Daten mit sozialen Indikatoren und stadträumlichen Strukturen, um eine passgenauere Steuerung zu ermöglichen.

Der **Potsdamer Gesundheitsatlas** setzt sich aus drei Teilen zusammen.

Im TEIL A werden die Daten der Schuleingangsuntersuchung für die gesamte Landeshauptstadt im Zeitraum von 2008 bis 2012 präsentiert. Nach Möglichkeit erfolgt eine differenzierte Darstellung nach dem Geschlecht der Kinder bzw. dem Sozialstatus der Eltern.

Im darauffolgenden TEIL B werden die Sozial- und Planungsräume für das Jahr 2012 miteinander verglichen. Hier erfährt die Öffentlichkeit mehr über stadträumliche Unterschiede bezogen auf die Sozialstruktur, die Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen sowie ausgewählte medizinische Befunde.

Im letzten TEIL C werden die Ergebnisse in einer Kurzübersicht stichpunktartig zusammengefasst.

Im Sinne der Gesundheitsberichterstattung nach § 9 Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz (BbgGDG) beobachtet und bewertet der Potsdamer Gesundheitsatlas die gesundheitlichen Verhältnisse, ohne in detaillierte Handlungsempfehlungen zu münden.

In einem dafür notwendigen zweiten Schritt sind konzeptionelle Ideen der Gesundheitsförderung zu entwickeln sowie Impulse anderer Städte vergleichend heranzuziehen. Insbesondere gilt es, kooperative Maßnahmen und Projekte zu initiieren, die den erhöhten Gesundheitsrisiken von Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus begegnen. Dazu gehört die Reduzierung von sprachlichen Defiziten sowie emotionalen und sozialen Störungen. Hier ist die Zusammenarbeit von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung, Fachwelt und Bürgerschaft gefragt.

#### ANLAGE

Erste Potsdamer Gesundheitsatlas. Ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte